



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 690

7/X/169 - 26.7.1955

Verweise  
auf den Inhalt:

Atomwissenschaftler und Friedensverbände	S. 1
Kein Ende des belgischen Schulkrieges	S. 3
Adenauer zur Deutschlandfrage	S. 4
Zum 50. Geburtstag Werner Hansens	S. 6

## "Wissenschaftliche Kriegsdienstverweigerer"

-dt, Göttingen

Ehe Prof. Dr. Siegmund-Schultze in Fritjof-Nansen-Haus am vergangenen Wochenende in Göttingen die Jahreshauptversammlung der "Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände" eröffnete, machte er darauf aufmerksam, dass ein Sonderdruck des Vortrages von Prof. Mishiwaki aus Osaka über die Folgen der Versuchsexplosionen von Wasserstoffbomben im Südpazifik zum Preis von einer Mark im Tagungsbüro zu haben sei. Gründlicher als jeder andere Atomforscher ist Prof. Mishiwaki monatelang mit den Geigerzähler den Auswirkungen der H-Bombenexplosionen nachgegangen. Was er der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat, auch auf Vortragareisen in Europa, liest sich spannender als ein Kriminalroman - mit dem Unterschied, dass das, was der Professor schildert, heute grauenvolle Wirklichkeit im Fernen Osten ist und morgen in jedem anderen Teil dieser Welt aktuell werden kann. Dieses Fortleben ist eine unüberhörbare Warnung, sowie das von 18 Nobelpreisträgern unterschriebene "Hainauer Manifest", das von seinem prominentesten Unterszeichner, Prof. Albert Einstein, auf der Tagung selbst verlesen wurde - ein dringender Appell an die Regierungen, den Krieg zu beenden.

Mancher der Versammelten, Verhänger für den Frieden vielleicht seit er denken kann, mochte in diesem Augenblick auch Genugtuung verspürt haben. Man hat die Pazifisten in bösen Zeiten verfolgt, in weniger bösen Tagen zumindest verächt, auf jeden Fall nicht ernstgenommen.

Die Atombombe und ihre schrecklicheren Schwestern, die H- und die Cobaltbombe, haben nun dazu geführt, dass die führenden Wissenschaftler der Welt, entsetzt über die aus ihrem Wirken hervorgegangenen Möglichkeiten für die Vernichtung der Menschheit, sich zu dem alten Ruf der Pazifisten bekennen: Nie wieder Krieg.

Das ist der Eindruck von Göttingen: die deutschen Naturforscher wollen an dem weiteren Unheil, das über die Welt hereinbrechen sollte, nicht mitschuldig werden. Eine englische Kollegin, Frau Prof. Kathleen Lonsdale, Vizepräsidentin der Britischen Vereinigung der Atomwissenschaftler, als Quäkerin Kriegsverächter seit Jahrzehnten, gab das Stichwort aus: in der reinen Wissenschaft aus Gründen des Fortschritts ungeschinderte, aber nie geheime Forschung; in der angewandten Wissenschaft aber "wissenschaftliche Kriegsdienstverweigerung". Das heißt: kein Naturforscher darf sich einem militärischen Apparat zur Verfügung stellen.

Die Versammlung hat später eine EntschlieBung angenommen, in der mit anderen Worten diese Gedanken niedergelegt sind. ("Oberster Grundsatz aller naturwissenschaftlich-technischen Arbeit sollte sein, dass dieselbe nicht der Zerstörung, sondern dem Aufbau dient.... Der Naturwissenschaftler.... darf sich zur Mitarbeit an Unternehmungen, deren Methoden und Ziele er nicht billigt, weder durch den Reiz der Aufgaben, noch durch gute Arbeitsbedingungen, noch durch sonstige persönliche Verlockungen, noch auch durch Drohungen verlocken lassen..")

Das wäre normalerweise eine Verbandsempfehlung, die die Wissenschaftler zu nichts verpflichtet. Aber Göttingen ("heute die geistige Hauptstadt der Bundesrepublik", wie ein Tagungsteilnehmer sagte), Sitz der Max-Planck-Gesellschaft und Arbeitsstätte der bekanntesten deutschen Physiker, war nicht von ungefähr als Ort für die Tagung der "Arbeitsgemeinschaft" gewählt worden! Schon vor drei Monaten, als von der Erklärung Einstein-Russell und vom "Waldauer Manifest" noch nichts bekannt war, hatte Prof. Siegmund-Schultze mit den maßgebenden Männern der Max-Planck-Gesellschaft Satz für Satz dieser EntschlieBung abgesprochen. Das ist eine Tatsache, an der kein Wissenschaftler vorbeigehen kann.

Es leuchtet ein, dass dieses "Göttinger Bündnis" zwischen den Naturwissenschaftlern und den Pazifisten den Friedensverbänden Auftrieb gibt für ihren Kampf um den Absatz 3 des Artikels 4 des Grundgesetzes, d.h. um ein unverwässertes Kriegsdienstverweigerungsgesetz. Die evangelische Kirche, die auf der Gesamtdutschen Synode in Espelkamp einen Ausschuss einsetzte, der zur Frage der Kriegsdienstverweigerung aus der Sicht des Evangeliums für die Gläubigen gültige Empfehlungen erarbeiten soll, hat seither geschwiegen. Von der katholischen Kirche in Deutschland erwartet man ohnedies nicht allzuviel Unterstützung, obwohl die Enzyklika des Papstes vom 19. Juli 1950 ("Sorge um den Frieden der Welt") Anhaltspunkte genug böte.

Aber die augerblickliche Stille um den Artikel 4 GG ist nur scheinbar. Die hektische Hast, mit der die Bundesregierung die Wehrgesetzgebung angekurbelt hat, wird auf die Dauer den in dieser Verfassungsbestimmung liegenden Gedanken nicht unterdrücken können. Zumal nicht, seitdem die Wissenschaft selbst ihm Rückhalt und Überzeugungskraft gegeben hat.

26.7.1955

Die Schlacht ist gewonnen - der Krieg geht weiter

pt - Brüssel

Das neue Schulgesetz der liberal-sozialistischer Koalition, das seit vorigem November im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung in Belgien stand, ist nach einer erregten Nachtsitzung vom belgischen Senat angenommen worden. Die christlichsoziale Opposition nahm nicht an der Abstimmung teil. Da die Kammer das Gesetz ebenfalls angenommen hat, ist es damit rechtskräftig geworden. Zwar fehlt noch die Unterschrift des Königs, aber es ist anzunehmen, dass dieser sie trotz einer Protesteingabe, die von 2,2 Millionen christlichsozialen Katholiken unterschrieben und ihm eingereicht wurde, vollziehen wird.

Damit hat die liberal-sozialistische Regierung und Parlamentsmehrheit eine Schlacht gewonnen. Jedoch ist sich niemand darüber im Klaren, dass die christlichsoziale Opposition den Krieg gegen die neue Schulregelung fortsetzen wird. Sie hat schon in einer Massendemonstration in Brüssel am 10. Juli die Parole für den weiteren Kampf ausgegeben. Sie umfasst Dinge, die, wenn sie z.B. die Opposition in der Bundesrepublik anwenden wollte, vom dortigen Bundeskanzler und seiner Befolgschaft als "Zerrüttung des Staatsgefüges", als "grenzend an Hochverrat" und als "Angriff gegen die Staatsverwaltung und Staatsfinanzen" bezeichnet werden würden. Auf jener Demonstration wurden die Anhänger aufgefordert, beim Inkrafttreten des Schulgesetzes das Schulsparkassenwesen zu sabotieren, keine Gelder mehr zu den staatlichen Sparkassen zu tragen, keine Staatsanleihen mehr zu zeichnen. Die Abgeordneten und Bürgermeister und sonstigen Inhaber öffentlicher Ämter, soweit sie sich zu den Christlichsozialen rechnen, wurden aufgefordert, alle offiziellen Veranstaltungen, an denen Mitglieder der liberal-sozialistischen Regierung teilnehmen, durch Nichtteilnahme zu boykottieren.

Ein Versuch in elfter Stunde, die Erledigung des Gesetzes zu unterbrechen und die Schulfrage einer "Kommission unparteiischer Persönlichkeiten" zur Erstattung eines Gutachtens zu übertragen, war zwei Tage

26.7.1955

vor der Annahme durch den Senat gescheitert, nicht zuletzt weil sich die Christlichsozialen ausgerechnet hatten, dass bei seiner Annahme ab August den christlichsozialen Schulen Zuschüsse von über 3 Milliarden Staatsgeldern entzogen werden würden. Während das bei Annahme des Vermittlungsvorschlages nur für die Zeit der Fall gewesen wäre, während der der geplante Ausschuss beriet, wird nunmehr ungefähr dieser Betrag völlig wegfallen - zum mindesten bis zu den Neuwahlen, die im Jahre 1958 fällig sind. Die Absicht der christlichsozialen Opposition ist jetzt, diese Tatsache, wie die gesamte Schulfrage zum Wahlschlager zu machen. Man hofft, durch die angekündigte weitere Aufpeitschung der katholischen Bevölkerung gegen die neue Schulordnung und den Kleinkampf in den Schulen und auf der Straße - neben den finanziellen schon oben angegebenen Sabotagen der staatlichen Spareinrichtungen - es dazu zu bringen, dass die rund 90 Prozent der belgischen Bevölkerung, die katholischer Religion sind, bei den Neuwahlen sich in der Mehrheit, wie es 1950 geschah, wieder zur christlich-sozialen Partei finden. Daneben versucht man, es zu vorzeitigen Neuwahlen zu treiben - bisher ein aussichtsloser Versuch, wenn auch es vielen Sozialisten, vor allem den Gewerkschaftlern schwerfällt, die wirtschaftlichen und sozialen Zugeständnisse zu machen, die die kleine liberale Koalitionspartei, auf ihre Unentbehrlichkeit pochend, immer wieder fordert.

So ist die Schlacht gewonnen, aber der Schulkrieg geht weiter. Er sollte auch außerhalb der Grenzen Belgiens zeigen, zu welchen Mitteln eine sich christlichsozial nennende Opposition greift, um wieder an die Macht zu gelangen.

\* \* \*

#### Fehlinterpretation

sp Der Bundeskanzler hat in Mürren erklärt - und er hat es, um dieser Erklärung besonderen Nachdruck zu geben, gleich zweimal mit fast denselben Worten gesagt - alle vier Mächte hätten in Genf unterstrichen, dass die deutsche Frage das Grundproblem der Stabilisierung Europas darstelle, die wiederum Ausgangspunkt für eine Entspannung in der ganzen Welt sei.

26.7.1955

Zumindesten der erste Teil dieser Erklärung trifft, leider, nicht zu. Es ist keineswegs so, dass die vier Großmächte die deutsche Frage in den Mittelpunkt ihrer Direktiven an die Außenminister gestellt haben. Darüber sind sich alle Kommentare einig, mit Ausnahme der Stellungnahme des Bundeskanzlers. Wer den Wortlaut des Auftrages an die Außenminister genau liest, wird sehen, dass Punkt 1 klar vom Thema der europäischen Sicherheit beherrscht wird. Nur der Schlussatz dieses Punktes befasst sich in sehr unbestimmter Form mit der deutschen Frage. Eine Richtlinie für die Außenminister enthält er nicht. Wörtlich heißt es: "Die Außenminister werden die nach ihrem Ermessen erforderlichen Vorkehrungen für die Teilnahme oder Konsultation anderer interessierter Parteien treffen", womit ohne Zweifel auf die Bundesrepublik und die sowjetische Besatzungszone angespielt wird. Die wichtigsten Außenminister aber werden auf dieser nächsten Konferenz aller Voraussicht nach Dulles und Molotow sein, die jeder für sich und die auch miteinander eine andere Sprache zu sprechen pflegen, als es bei Eisenhower und Bulganin in Genf der Fall war.

Wenn also überhaupt eines von den in Genf behandelten Problemen an den Rand gerückt wurde, dann ist es die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Sie ist der schwächste und für uns Deutsche tragische Punkt in der Vereinbarung über den Waffenstillstand im Kalten Krieg, als man das Ergebnis der Viererkonferenz bezeichnet hat.

Dass es zu offenkundiger Vernachlässigung des brennenden deutschen Interesses an einer baldigen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit kam, ist aber in erster Linie die Folge einer Politik, die nicht darauf verzichtet will, die Bundesrepublik zu einem Bestandteil von NATO zu machen. Die Korrespondenz der CDU/CSU schrieb am Montag: "Ohne die Politik, die zu den Pariser Verträgen und damit über die Berliner Konferenz zur Konferenz in Genf geführt hat, stünde die Sache der Wiedervereinigung heute nicht so, wie sie tatsächlich steht." Das würde stimmen, wenn man sagte: "Nicht so schlecht, wie sie tatsächlich steht."

\* \* \*

- 6 -

Werner Hansen - 50 Jahre

sp - Niemand hat Werner Hansen an seiner Wiege voraussagen können, er werde noch vor Ende seines vierten Lebensjahrzehnts an der Spitze einer über zwei Millionen Mitglieder starken Organisation stehen. Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, der am 31. Juli seinen 50. Geburtstag begeht, kann auf ein arbeitsreiches und kampferfülltes Leben zurückblicken. Schon in jungen Jahren betätigte sich der Sohn eines Postbeamten im Zentralverband der Angestellten. Das Vertrauen der Bremer Kollegen berief ihn in den Vorstand der Ortsvereinigung Bremen, wo er sich die ersten gewerkschaftlichen Spuren verdiente.

Hitlers Machtübernahme bereitete seiner Tätigkeit ein Ende. Werner Hansen, in Bremen seines Lebens nicht mehr sicher, ging zunächst nach Köln. Bald stand er in Beziehungen zu der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, eine unter den damaligen Verhältnissen höchst gefährliche Beziehung, die ihn auch schließlich, knapp vor dem Zugriff der wachsamsten Gestapo, zwang, Deutschland 1937 zu verlassen. Er ging zunächst nach Frankreich, dann nach England, um das Schicksal vieler Emigranten zu teilen. Die Briten deportierten diesen unermüdeten Mann nach Australien, erkannten aber nach einem Jahr ihren Irrtum; zurückgekehrt nahm Hansen wieder einen hervorragenden Platz in der sehr aktiven Gruppe deutscher Gewerkschafter in England ein. Wenn sich die britische Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen dem damals herrschenden Varietismus verschloß und ihre Blicke auf eine künftige deutsche freie Arbeiterbewegung lenkte, so war dies ein Werk dieser Gruppe.

Für Werner Hansen war die Rückkehr nach Deutschland nach dem Zusammenbruch selbstverständlich. Zusammen mit dem Nestor der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dem unvergesslichen Hans Böckler, stürzte er sich in den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften, schonungslos gegen sich selbst, rücksichtsvoll gegen seine Mitarbeiter. Er gehörte dem Siebener-Ausschuss an, mit dem Zusammenschluß der Gewerkschaften in der britischen Zone gelang ihm sein Gesellenstück. Nach dem Gründungkongress 1947 übernahm Hansen als Nachfolger Böcklers die Leitung des Bezirkes Nordrhein-Westfalen. Seine Wahl zum Vorsitzenden erfolgte in den folgenden Jahren immer einstimmig - es ist auch gegen diesen Mann keine Opposition aus den eigenen Reihen denkbar. Seine Lebensarbeit gilt der Besserstellung der Arbeiterschaft, der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, der Bekämpfung aller Tendenzen, den schon erreichten Stand wieder zurückzuschrauben. Hinter konzilianter Formen verbirgt sich in Werner Hansen ein entschlossener, ganz von seiner Arbeit erfüllter Wille, der sich durchzusetzen versteht.

Dem nun 50jährigen, der alle Höhen und Tiefen des Lebens selbst durchschritten hat, dem der Aufstieg der arbeitenden Menschen zum vollwertigen Bürger der Gesellschaft Triebkraft seines Handelns ist, werden viele Glückwünsche zuströmen. Sie gelten einem Mann, der im industrialisiertesten Land der Bundesrepublik an hervorragender Stelle steht, sie gelten dem Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD, sie gelten aber vor allem dem Menschen Werner Hansen, der sich im Sturm der Zeiten stets selbst treu geblieben ist und der nur ein Ziel kennt und unbeirrbar verfolgt: der Wohlfahrt der Menschen zu dienen.

Verantwortlich: Peter Raunau